

Vom „nachhaltigen Wachstum“ zur „Postwachstumsgesellschaft“?¹

Ökologische und soziale Grenzen des Wachstums waren stets ein wichtiges Thema im Diskurs um die globale sozial-ökologische Krise. Mit dem Aufstieg des Konzepts der Ökologischen Modernisierung in den 1980er Jahren, das dann maßgeblich die hegemoniale Vorstellung von „nachhaltiger Entwicklung“ und Rio '92 prägte, wurde Kritik am Wachstumsparadigma marginalisiert, sie überlebte in der „Suffizienz-Nische“. Angesichts phantastischer Aussichten, die Öko-Effizienz des Wirtschaftens durch technologische Innovationen zu steigern, schien die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie nahe. „Nachhaltiges Wachstum“ erschien als alternativloser Weg zur Lösung der großen sozialen und ökologischen Probleme.¹

Nun erleben wir seit einigen Jahren eine Renaissance der Wachstumskritik. Die Zeichen dafür sind unübersehbar: eine neue Welle wachstumsskeptischer Publikationen - zunehmend auch von Ökonomen – in Wissenschaft und Feuilleton; wachstumskritische Veranstaltungen ziehen ein großes, auch junges Publikum an; Regierungs- oder parlamentarische Gremien diskutieren Alternativen zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Maß für wirtschaftliche Leistung und Wohlstand (z.B. in Großbritannien, Frankreich, Österreich, Deutschland).

Wachstumskritische Bewegungen (in Frankreich *Decroissance*) haben sich formiert; soziale Bewegungen greifen das Thema auf und reformulieren es (z.B.: Attac: „Mehr Gleichheit statt Wachstum“). Kritik an Wachstum als nahezu universeller Problemlöser und als prioritäres politisches Ziel wird von Dissidenten und Minderheiten in allen geistig-politischen Strömungen, Milieus, großen Organisationen und Parteien vertreten.

Der Wachstumskonsens ist noch hegemonial. Aber er ist brüchig geworden. Wachstumskritik ist offensiver, thematisch umfassender und gesellschaftskritischer geworden, sie ist gesellschaftlich-politisch breiter verankert. Postwachstumsvisionen unterschiedlicher Couleur gewinnen an Einfluss in den Auseinandersetzungen um sozialökologische und -ökonomische Transformationen und mögliche Zukünfte der westlich kapitalistischen Gesellschaften, um die gesellschaftliche Definition von „Wohlstand“ „Fortschritt“ und „Modernität“. Für diese Diskurswende können vielfältige Gründe vermutet werden, z.B.: enttäuschende Resultate „nachhaltiger Entwicklung“ wie der Stillstand der Klimapolitik, die verschärfte Rohstoffkrise durch die nachholende Modernisierung der Schwellenländer, die aktuelle multiple Krise moderner kapitalistischer Gesellschaften, ebenso die in Form von Zeitknappheit, Orientierungsschwierigkeiten, Erschöpfungszuständen etc. zunehmend subjektiv als Belastung empfundenen lebensweltlichen Folgen einer sich beschleunigenden Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund wollen wir einen Einblick in die neue wachstumskritische Debatte anbieten, indem wir zunächst kurz ihre wichtigen Kritikpunkte benennen, um dann einige einflussreiche Alternativ-Visionen zum gegenwärtigen Wachstum bzw. zum Wachstumsparadigma überhaupt vorzustellen.

Wirtschaftswachstum als Problem

Wachstumskritik bezieht sich auf problematische Folgen und Funktionen unterschiedlicher Dimensionen von „Wirtschaftswachstum“. Hier zunächst eine thesenartig verknappte Übersicht, ohne theoretische Argumente und empirische Belege.

a) Überschrittene Leitplanken: In Bezug auf die stofflich-energetische Dimension („Durchsatz“) sind ökologische Grenzen der Belastbarkeit erreicht und überschritten. Die Hauptverantwortung dafür liegt bei den früh industrialisierten Ländern des globalen Nordens. Diese nach wie vor zentrale These ist in der Wachstumskritik unstrittig.

¹ Beitrag in: Forum Wissenschaft, Nr 2/2012

- b) Abnehmender Nutzen: Der ökonomische Nutzen von Wirtschaftswachstum wird immer geringer bzw. fiktiver. Komplexe volkswirtschaftliche Aufwand-Nutzen-Bilanzen, die auch ökologische und soziale „Kosten“ berücksichtigen, fallen eher negativ aus: *uneconomic growth* (Daly). Was statistisch als BIP-Zuwächse registriert wird, verdankt sich zunehmend Umbewertungen und Ausblendungen. Der Reparatur- und Anpassungsaufwand für geschädigte Ökosysteme und deren „Leistungsausfall“ (z.B. Klima) wird nicht erfasst bzw. in die Zukunft verlagert. Die wirtschaftliche Resilienz und Leistungsfähigkeit für künftige Anpassungen an irreversible Veränderungen schwindet.
- c) Gefährdeter Frieden: Die Gefahr konfrontativer internationaler Konkurrenz und militärischer Konflikte um knapper werdende Ressourcen nimmt bei fortgesetzter Wachstumsorientierung zu.
- d) Leere Versprechen: Wirtschaftswachstum bringt in den reichen Ländern keinen kulturellen und sozialen Gewinn mehr. Bezogen auf Maßstäbe wie Lebensqualität oder soziale ²Gerechtigkeit ist es eher kontraproduktiv. „Klassische“ Wachstumsversprechen bleiben leer: Jenseits eines bestimmten durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens steigen Lebensqualität und -zufriedenheit nicht mehr mit BIP- oder Einkommenszuwächsen; Wachstum geht einher mit steigender Ungleichheit. Insofern überhaupt neue Arbeitsplätze entstehen, sind sie oft minderwertig. Das Streben nach mehr Einkommen und Konsum entspringt häufig Bedürfnissen nach Kompensation und Status, die damit nicht befriedigt werden können. Innovationsdruck, Reizüberflutung, Optionsvielfalt, sich stetig beschleunigender technischer und sozialer Wandel (der „flexible Mensch“) zeitigen zunehmend pathologische psychosoziale Folgen wie Burn Out, Depressionen etc.
- e) Verschobene Probleme: Über Wachstum, Wachstumsversprechen und -zwänge werden andere politische und ökonomische Ziele durchgesetzt und legitimiert, Herrschaft und soziale Ungleichheit reproduziert. Mit dem Hinweis auf die Priorität von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit werden z.B. ökologische und soziale Forderungen unter „Wachstumsvorbehalt“ gestellt und delegitimiert. Die vorgegebenen Ziele von Wachstum – wie etwa die Reduzierung von Arbeitslosigkeit – könnten besser und direkter auf anderen Wegen erreicht werden (z.B. durch Umverteilungen).
- f) Krisenanfällige Stabilisierung: Problematisiert wird die Abhängigkeit der (relativ) stabilen Reproduktion gesellschaftlicher Funktionsbereiche (Beschäftigung, Staatshaushalt, soziale Sicherungssysteme) vom BIP-Wachstum. Die „dynamische Selbststabilisierung“ (Dörre) über Wachstum ist eine „Fahrradstabilität“ (Schmelzer/Passadakis), die nur zwei Modi kennt: „Aufwärtsspirale“ (Ch. Binswanger) bei „ausreichenden“ Wachstumsraten (mit negativen ökologischen Effekten) oder „Abwärtsspirale“ (mit negativen sozialen Folgen).
- f) Rauer Kapitalismus: Unter den o.g. Bedingungen birgt die langfristige Tendenz zu sinkenden Wachstums- oder Profitraten Risiken für eine regressive, entzivilisierende Wende zu einem „Kapitalismus ohne Wachstum“. Denn mit den verteilbaren realen Zuwächsen entfallen auch Puffer und Hoffnungen, die Ungleichheit und Konflikte dämpfen. Konkurrenz und Verteilungskämpfe werden zum Nullsummenspiel, wohlfahrtsstaatliche Regelungen sind gefährdet, damit auch die Akzeptanz von Basisinstitutionen...

Diese problematischen Aspekte von „Wachstum“ werden in den einzelnen wachstumskritischen Ansätzen unterschiedlich gewichtet und theoretisch bewertet. Ebenso schlagen sie unterschiedliche Konsequenzen und Alternativen vor. Das betrifft auch die Frage, inwiefern gesellschaftliche Veränderungen nötig sind, um Wachstum entweder „unschädlich“ zu machen oder zu einer „wachstumsbefriedeten“ Ökonomie und Gesellschaft zu kommen und wie tiefgreifend dieser Wandel sein müsste. Das wird nachfolgend an Hand einiger wichtiger Konzepte illustriert.

Durch ökologische Modernisierung zu „nachhaltigem Wachstum“

Die Grundidee: Was gegenwärtig als ökologische Grenzen des Wachstums erscheint, als ein „Zuviel“ an Stoffumsätzen und Naturbelastung, ist im Kern Ausdruck eines qualitativ falschen, ökologisch und ökonomisch ineffizienten industriellen Stoffwechsels. Deshalb müsse Wertschöpfung und Wohlstandsgewinn von Naturverbrauch so weit (absolut) „entkoppelt“ werden, dass sich die Umweltbelastung durch unsere Wirtschafts- und Lebensweise dauerhaft innerhalb ökologischer Leitplanken bewegt. Möglich ist dies durch eine neue (dritte, grüne) technologische Revolution, die es durch systemkonforme politische Innovationen zu forcieren gilt. Sie zielt einerseits auf eine „Effizienzrevolution“ (E. U. v. Weizsäcker), also auf eine Vervielfachung des Nutzens pro Einheit Naturverbrauch, vor allem aber auf eine konsistent in die Natur integrierte Kreislaufwirtschaft³. Diese basiert auf erneuerbaren Energiequellen und produziert keine bzw. biologisch abbaubare oder aber wieder verwertbare „Abfälle“. Da ihre Technologien der evolutionären Intelligenz der Natur abgelauscht sind, kann eine solche Wirtschaft „wachsen mit der Natur“⁴. Eine solche grüne industrielle Revolution bzw. der Übergang zum ressourcenleichten Typ wirtschaftlicher Entwicklung bedarf politischer Rahmenbedingungen, die die unverzichtbaren Triebkräfte kapitalistischen Wirtschaftens umlenken: die Umweltproduktivität muss deutlich schneller wachsen als die Arbeitsproduktivität und das BIP; sie muss zur Quelle von Profit und Konkurrenzvorteilen werden, somit jene Rolle übernehmen, die in den letzten 200 Jahren die Steigerung der Arbeitsproduktivität innehatte.

„Ökologische Modernisierung“ wird in der Wachstumsdebatte differenziert vertreten. Einige Entkopplungsoptimisten stellen es offensiv als quasi alternativlose Pro-Wachstums-Strategie⁵ dar. Wachstum oder materiellen Konsum generell zu begrenzen sei nicht nötig dank technologischer Entkopplung, zumal die Belastbarkeit des Planeten weit unterschätzt werde⁶. Dies wäre zudem gar nicht möglich angesichts der globalen Welle nachholend modernisierenden Wirtschaftswachstums (Schwellenländer).

Andere halten es für illusionär, unter dem Slogan „green growth“ höhere Wachstumsraten anzustreben. Sie plädieren für ein moderates und selektives, auch sektorales Schrumpfen einschließendes Wachstum (Jänicke), für mehr soziale Teilhabe und Mitbestimmung. Sie kritisieren, das BIP-Wachstum zum universellen Problemlöser zu fetischisieren und gegen ökologische Ziele auszuspielen⁷. Ähnlich auch gewerkschaftsnahe Positionen, die eine (allerdings mehrere Jahrzehnte umfassende) Phase des Noch-Wachstums für einen sozialökologischen Umbau der Produktions- und Infrastrukturen und Lebensweisen für notwendig halten⁸.

Die Hoffnung, ökonomisches Wachstum durch technologische Innovationen und ohne grundlegende gesellschaftliche Veränderungen ökologisch unschädlich, damit fortsetzbar zu machen, ist sehr einflussreich in der Wachstumsdebatte. Sie hat inzwischen Verfechter in allen Parteien, in Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft sowie in weiten Teilen der Bevölkerung.

Die nachfolgenden Ansätze hingegen bezweifeln diese Möglichkeit. Ihre Kritik richtet sich nicht nur auf die stoffliche Gestalt des gegenwärtigen („konventionellen“ oder „carbonisierten“) Wachstums, sondern auf das Wachstumsparadigma überhaupt. Sie unterscheiden sich freilich in ihren gesellschaftlichen Post-Wachstumsvisionen und in ihren Vorstellungen, wie ein solcher Pfadwechsel initiiert werden sollte.

Postwachstum in bürgerlich-wertkonservativer Sicht

Sie wird prominent vertreten durch M. Miegel. Sein Buch⁹ und sein „Denkwerk Zukunft“ haben wesentlich dazu beigetragen, wachstumskritische Ideen in der „Mitte der Gesellschaft“ und in bürgerlichen Eliten zu verbreiten. Die Diagnose: Die Periode wachsenden materiellen Wohlstands durch Wirtschaftswachstum sei für die westlichen Gesellschaften vorbei. Angesichts zunehmender ökologischer Folgekosten des Wachstums, sinkender Leistungsbereitschaft einer zudem alternden Bevölkerung etc. werden Kaufkraft der

Einkommen, reale Vermögenszuwächse und vor allem der Sozialstaat schrumpfen. Das wachstumsbasierte westliche Wohlstandsmodell ist weder zukunfts- noch global verallgemeinerungsfähig. Diese Krise untergräbt die Fundamente der früh industrialisierten Gesellschaften. Denn sie sind in ihrem Wertesystem, ihrer sozialen Stabilität und gesamten Funktionsweise von der Erwartung zunehmenden materiellen Wohlstands abhängig geworden. Und bekanntlich sei der DDR-Sozialismus vornehmlich an nicht erfüllbaren materiellen Wohlstandsversprechen gescheitert.

Notwendig sei einerseits eine grundlegende kulturelle Erneuerung, wesentlich getragen von einer Rückbesinnung auf traditionelle kulturelle und soziale Werte, Tugenden, Fähigkeiten: Wir müssen weg von der Fokussierung auf Wohlstandszuwachs und Statussymbole, von der zunehmenden Kommerzialisierung aller Lebensbereiche. Wohlstand ist neu zu definieren als kultureller Reichtum, als Befähigung zu Kunst- und Naturgenuss, als soziale Anerkennung und Geborgenheit in gemeinschaftlichen Bindungen.

Zum anderen könnten soziale Ungleichheiten, Probleme, Konflikte nicht mehr mit Geld oder ausufernden Transferleistungen „zugeschüttet“ werden. Sie müssen auf neue Weise vermieden oder bearbeitet werden. Der Sozialstaat wird reduziert auf eine steuerfinanzierte Grundversorgung. Dies müsse subsidiär ergänzt werden durch mehr Eigenverantwortung, Gemeinschaftlichkeit (Familie, Freunde, Nachbarschaft, bürgerschaftliches Engagement, Vereine) und Tugenden wie Solidarverhalten und Gemeinnutzen. Hier sollten die wirtschaftlich Leistungsfähigsten Vorbild sein. All dies stärke gesellschaftlichen Zusammenhalt und stifte mehr Zufriedenheit als wachsende Einkommen.

Massenarbeitslosigkeit könne künftig leichter vermieden werden: der Bedarf an Arbeitskraft wird steigen, weil ihr Ersatz durch „fossile Energiesklaven“ immer teurer wird, Humandienstleistungen (z.B. Altenpflege) expandieren, Kombinationen von lohnabhängiger und selbständiger Erwerbstätigkeit erleichtert werden. Kaufkraftverluste werden durch Eigenarbeit partiell kompensiert, wie dies bereits in alternativen Projekten vorgelebt wurde. Wachsende Ungleichheiten in Einkommen und Vermögen, exorbitante Managergehälter gefährden in einer nicht mehr durch den „Fahrtstuhleffekt“ gedämpften Gesellschaft den sozialen Zusammenhalt. Auch hier sei die freiwillige Selbstbeschränkung der Eliten gefragt. Massive Umverteilungen hingegen seien ein Irrweg. Das Vermögen der Reichsten sei ohnehin größtenteils Produktivvermögen und VEB wären bekanntlich keine Lösung...Kurz: Das gegenwärtige Herrschafts- und Sozialgefüge bleibt in seiner Substanz erhalten, aber Ungleichheiten werden etwas „gestaucht“ und auf neue Weise gedämpft und erträglich gemacht.

Die beiden bisher dargestellten Ansätze sehen also eine grundlegende Änderung „harter“ Strukturen der westlich-kapitalistischen Industriegesellschaft, etwa ihrer profit- und konkurrenzorientierten Ökonomie, ihren Machtverhältnissen und Herrschaftsstrukturen nicht vor. Die nachfolgenden hingegen denken eine von Wachstumszwängen befreite Gesellschaft im Rahmen mehr oder weniger radikaler Transformationen kultureller, institutioneller und sozioökonomischer Strukturen.

Individuelle und institutionelle Auswege aus Wachstumszwängen

Einige Autoren fokussieren sich auf die Chancen eines individuellen Ausstiegs aus Wachstumszwängen. Ihr Ausgangspunkt: Durch ständiges Wachstum wird sowohl die äußere (Ressourcen, Senken) als auch die innere Natur (Psyche) des Menschen systematisch überfordert. Der Anstieg von Depressionen, Burn-Out-Erscheinungen, Orientierungsproblemen etc. zeige, dass auch die Menschen selber mit den Folgen der Wachstumsgesellschaft, mit Reizüberflutungen, ständigem Innovationsdruck, mit einer Beschleunigung technischen und sozialen Wandels zunehmend weniger klarkommen.

Der Ausweg ist die Umkehr zu einem Leben mit weniger Konsumgütern, aber mehr Lebensqualität. Er wird prominent etwa von den Ökonomen N. Paech („Befreiung vom Überfluss“) und H.-C. Binswanger („Vorwärts zur Mäßigung“), aber auch von vielen AutorInnen des Wuppertal-Instituts (z.B. W. Sachs: „Eleganz der Einfachheit“) vertreten.¹⁰ Die Vision des freiwillig einfacheren Lebens („entschleunigt, entrümpelt...“) mit reduzierter Erwerbsarbeit und mehr Eigen- bzw. Gemeinschaftsarbeit konstituiert nicht nur den individuellen Ausstieg, sondern setzt den Hebel zugleich an gesellschaftsstrukturelle Wachstumszwänge: Es verringere die „Belieferungsbedürftigkeit“, damit auch die Abhängigkeit von den prekären, auf Wachstum angewiesenen globalen Märkten. Für den schrumpfenden Restbedarf sollen an einer ökologischen Ethik orientierte KonsumentInnen und UnternehmerInnen Märkte mit „ökologisch korrekten“ Gütern (mit einem großen Anteil an Gebrauchsgütern, Reparaturdienstleistungen etc.) etablieren. Auch in der Form von Genossenschaften sollen sich Unternehmen und Erzeugerverbrauchergruppen globalem Markt- und Wachstumsdruck entziehen können. Staatliche Regulierung oder neue Institutionen spielen in diesen Ansätzen, die vornehmlich auf die individuelle Umkehr im bottom-up-Modus setzen und dafür auch entsprechende Spielräume in Wirtschaft und Gesellschaft sehen, nur eine flankierende Rolle.

In anderen Konzeptionen hingegen, wie etwa der Studie des Wuppertal-Instituts „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“, spielen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine bedeutsamere Rolle für den Weg aus Wachstum und Wachstumszwang. Am Wachstumsparadigma werde festgehalten, weil ökonomisches Wachstum als Ersatzlösung für gesellschaftliche Umverteilung fungiere: Mit Wachstum könne Armut gedämpft werden, ohne Reichtum zu begrenzen. Ein zukunftsfähiges Wirtschaften, das auch ohne Wachstum auskommen muss, sei deshalb nur in einer „Teilhabegesellschaft“ mit mehr Gerechtigkeit und Partizipation möglich. Schon heute seien „vorsorgend Wege zu einer Wirtschaftsweise einzuschlagen, die allen Bürgern ein gedeihliches Leben sichert, ohne auf ständiges Wachstum angewiesen zu sein.“¹¹ Wenn z.B. eine ökologisch notwendige Bepreisung von Umweltgütern die „soziale Ungleichheit nicht weiter aufreißen“ solle, werden eine „neue Arbeits- und Teilhabepolitik sowie Maßnahmen zur Umverteilung von Einkommen und Vermögen dringlich.“¹² Als ein Weg zur Abkopplung sozialer Sicherung vom BIP-Wachstum werden Konzepte bedingungsloser Grundsicherung vorgeschlagen. Ein tragendes Element einer Teilhabegesellschaft, in der Wachstum höchstens eine Option verkörpert, ist umfassende Partizipation. Nur so entstehe auch die Bereitschaft an den notwendigen vielfältigen gesellschaftlichen Veränderungen mitzuwirken. Und werden die Bürger beteiligt, so akzeptieren sie auch eher einschränkende Maßnahmen. Insgesamt sei das institutionelle Regelwerk des gesellschaftlich-ökonomischen Lebens zukunftsfähig zu „überarbeiten“. Die Wachstumsfrage wird dabei zu einem entscheidenden Prüfstein dafür, ob es einen zukunftsfähigen Kapitalismus geben kann.

Alternativen zu Wachstumszwängen in kapitalismuskritischer Perspektive

Diese Wachstumskritik, der auch wir nahe stehen, verortet wesentliche Triebkräfte für „grenzenloses Wachstumsstreben“ in fundamentalen Dynamiken kapitalistischer Vergesellschaftung. Über permanente Kapitalakkumulation¹³ mit ihren Regulativen „Profitrate“ und „Konkurrenz“, deren expansiven, kolonisierenden Tendenzen in Raum, Zeit¹⁴, Lebenswelten, damit korrespondierende Herrschaftsmechanismen, Rationalitäten, imperiale Konsumtions- und Lebensweisen¹⁵ werden „Wachstumszwang“ und Wachstumsdrang“ verursacht und reproduziert - mit all ihren sozialen und ökologischen Folgen. Die Suche nach Alternativen verknüpft sich hier also mit der Frage, wie die Dominanz verselbständigter Akkumulationsdynamiken und Profitlogiken einzudämmen und zu überwinden ist, welche politischen Kämpfe, Reformen, Selbstveränderungen,

Machtverschiebungen hierfür nötig sind und welche Optionen sich für ein „besseres“, souveräneres Leben damit eröffnen. Dies kann hier nur an drei Punkten illustriert werden.

a) Für den Strukturwandel zu einer ökologisch nachhaltigen Ökonomie bedeutet das z.B., Investitionen und Kapitalströme zugunsten von öko-effizienten Technologien, Produkten, Dienstleistungen, Infra- und Siedlungsstrukturen, zur Sanierung und Erhalt von Natur so zu lenken und zu finanzieren, dass zugleich verselbständigte Wachstumsdynamiken, kurzfristige Profitstreben und deren Hauptakteure „eingehegt“ werden. Dies könnte u.a. erfolgen durch verstärkte öffentliche Investitionen¹⁶ in diese Bereiche (finanziert durch höhere Steuern auf Ressourcenverbrauch, große Vermögen und Einkommen), Ausweitung des öffentlichen Eigentums, ebenso durch Genossenschaften (dezentrale Energieerzeugung) oder Kleinanleger. Indem solche Formen des Produktivvermögens ausgeweitet werden, kann die Macht großer Konzerne eingeschränkt, Profitdruck verringert, die Einnahmen der öffentlichen Hand verbessert und wachstumstreibende Ungleichheiten gedämpft werden.

Auch ein sozial verträgliches Schrumpfen von ökologisch oder anderweitig besonders problematischen Branchen (z. B. Automobilindustrie, Werbung, Rüstung), mit angstfreien, gerechten Übergängen für die Beschäftigten, erfordern starke politische Eingriffe in Märkte, etwa über langfristige indikative Rahmenplanung.

Wachsen sollten hingegen Bereiche (Soziales, Bildung, Kultur, Pflege, Umwelt), die für reproduktive Bedürfnisse oder Fähigkeitsentwicklung wichtig sind, die sozial ausgleichend wirken und die volkswirtschaftliche Ökobilanz verbessern. Zudem unterstützen sie den kulturellen Wandel oder einen „ressourcenleichten Konsumtionsstil“ indem sie Kaufen, Besitzen, Ausrangieren ersetzen durch Ausleihen, Tauschen, Reparieren, somit die Nutzungsdauer von Produkten verlängern. In diesen Sektoren ist die Arbeitsproduktivität relativ niedrig, sie zu steigern oft sinnwidrig und das Profitprinzip (noch) nicht dominant, so dass von ihrer Erweiterung auch ein wachstumsdämpfender Effekt erwartet wird, vor allem auch, wenn damit zugleich Non-Profit-Eigentumsformen gestärkt werden.

b) „Mehr Gleichheit statt Wachstum“ ist ein zentrales Element kapitalismuskritischer Postwachstumsvisionen¹⁷. Egalitäre Umverteilungen in Vermögen und Einkommen dämpfen den „Wachstumsdruck“ durch Finanzmärkte, verringern sie doch den Umfang kapitalisierbarer Einkünfte, damit auch des renditeträchtige Anlagemöglichkeiten suchenden Kapitals. Bei schrumpfenden verteilbaren Zuwächsen sind sie zudem unverzichtbar, um Armut zu bekämpfen und Sozialsysteme zu erhalten, Konflikte zu dämpfen und die Akzeptanz demokratischer Institutionen zu sichern. Und wenn von Wachstum ohnehin in den westlichen Gesellschaften kein Zuwachs an Lebensqualität zu erwarten ist, egalitärer verfasste Gesellschaften jedoch hier höhere Werte erreichen, so könnte der Abbau von Ungleichheiten eher jene Verheißungen erfüllen, die dem Wachstum zugeschrieben werden. Er kann auch Stress durch Status-Konsum abbauen und „Reparaturkosten“ für extreme Ungleichheiten einsparen, die im Gesundheits- und Sozialwesen, Strafvollzug anfallen.

c) Mit all dem entstehen zugleich Voraussetzungen, um ein „gutes Leben“ in sozialer Sicherheit mit global verallgemeinerungsfähigen Lebensstilen wachstumsunabhängig zu gestalten. Zudem sollten verteilbare Produktivitätszuwächse nicht als monetäre, materiell konsumierbare Einkommenszuwächse realisiert werden, sondern als Gewinn an erwerbsarbeitsfreier, (geschlechter)gerecht verteilter, souverän nutzbarer Zeit. Dies erweitert Freiräume für persönliche Lebensgestaltung – von Muße über Eigenarbeit bis zum politischen Engagement – und für die Entwicklung vielfältiger Fähigkeiten. Damit könnte Arbeitslosigkeit vermieden und wachstumstreibendem Kompensations- oder Prestige Konsum mit ihren Tretmühlen-Effekten der Boden entzogen werden.

Die Postwachstumsvision ist hier eingebettet in eine Perspektive sozialökologischer Transformation, die gleichzeitig Übergänge in eine Gesellschaft jenseits von Kapitaldominanz öffnet. Die demokratischere Bestimmung über die Verwendung des gesellschaftlichen

Produktivvermögens wäre nicht nur nötig, um Wachstumswänge zu überwinden. Sie unterminiert ein zentrales Systemelement des Kapitalismus: Die Verwendung von Kapital nach Profitgesichtspunkten. Und mehr Gleichheit wäre nicht nur funktional notwendiges Element für „Wohlstand ohne Wachstum“, sondern birgt ein transzendierendes Potenzial für eine Überwindung der Klassengesellschaft. Bessere Rahmenbedingungen für ein gutes Leben jenseits einer Einbindung in den Arbeitsmarkt entziehen nicht nur wachstumstreibenden Kompensations- oder Prestige Konsum den Boden, sondern sind gleichzeitig ein Schritt in Richtung einer größeren Autonomie der Arbeit, der Anerkennung der vielfältigen Fähigkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten des Menschen jenseits einer entfremdenden Arbeits- und Marktlogik - ganz im Sinne der Marxschen Vision einer Gesellschaft, in der die „freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“.

Zentrale Bestandteile einer solchen sozialökologischen Transformation mit „offenem Ausgang“ weisen zudem viele Gemeinsamkeiten mit Reformvorschlägen anderer Ansätze auf, in denen sich ebenfalls die Erkenntnis verstärkt, dass ohne systemische Veränderungen eine Emanzipation gesellschaftlicher Entwicklung vom Wachstumswang nicht möglich ist. Das schließt Kontroversen um Ursachen, historische Perspektiven, gesellschaftspolitische Konsequenzen ein. Mehr noch: Gerade kritische Diagnosen jenseits eines primär kapitalismuskritischen Blicks sind wichtiger Bestandteil einer Allianz gegen Wachstumswang und -ideologie. Erst ihre Einbeziehung bietet die Chance, mit dem Wachstumskonsens einen zentralen Mechanismus der kapitaldominierten Gesellschaft zu brechen und damit 20 Jahre nach Rio dem Nachhaltigkeitsdiskurs wieder eine kritische Stoßrichtung zu geben.

Dr. Frank Adler ist Soziologe, sein Arbeitsgebiet: Konzepte sozialökologischer Transformation, Wachstumskritik. Aktuelle Veröffentlichung (gemeinsam mit Ulrich Schachtschneider): Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise. München 2010

*Ulrich Schachtschneider, Dipl.-Ing. Dr. rer.pol, Oldenburg
Freier Sozialwissenschaftler, Autor und Energieberater, beschäftigt sich mit Nachhaltigkeitskonzepten und sozialer Umweltpolitik.
Aktuelle Veröffentlichung (zusammen mit Frank Adler): Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise. München 2010*

¹ Vgl. etwa den Grundsatz 12 der Erklärung von Rio: „Die Staaten sollen gemeinsam daran arbeiten, ein stützendes und offenes Weltwirtschaftssystem zu fördern, das in allen Ländern zu Wirtschaftswachstum und nachhaltiger Entwicklung führt.“ Erklärung von Rio zu Umwelt und Entwicklung: BMU 1992

² Vgl. u.a.: Sarkar, Saral: Die Krisen des Kapitalismus. Eine andere Studie der politischen Ökonomie des Kapitalismus. Köln/Mainz 2009

³ Vgl. Huber, Joseph: Allgemeine Umweltsoziologie. Wiesbaden 2011

⁴ Fücks, Ralf: Das Wachstum der Grenzen – Vom Weg in die Moderne nach dem Vorbild der Natur. In: böll Thema 2/2011

⁵ Vgl. Braungart, Michael/McDonough, William (Hrsg.): die nächst industrielle Revolution. Die Cradle to Cradle Community: Hamburg 2009; vgl. auch Fücks a.a.O.

⁶ Sloterdijk, Peter: Wie gross ist „GROSS“? In: böll Thema 2/2011

⁷ Vgl. u.a. Jänicke, Martin: Radikal schrumpfen/radikal wachsen lassen – Über Wachstumsillusionen und nachhaltiges wirtschaften. In: böll Thema 2/2011

⁸ Krämer, Ralf: Wachstumskritik oder sozialistische Politik? In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7-8/2010

⁹ Miegel, Meinhard: EXIT. Wohlstand ohne Wachstum. Berlin 2010.

¹⁰ Vgl. etwa Paech, Niko: Befreiung vom Überfluss. München 2012; Paech, Niko: Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum. Eine unternehmensbezogene Transformationstheorie. Marburg 2005; Sachs, Wolfgang: Die Macht der Grenzen. Eine Erkundung zu neuen Wohlstandsmodellen. In Sachs (Hg.): Nach uns die Zukunft. Frankfurt/M. 2002; Binswanger, Hans-Christoph: Vorwärts zur Mässigung. Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft. Hamburg 2010..

¹¹ BUND, EED (Hg.): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Einblicke in die Studie des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie“. S. 25

¹² BUND, EED (Hg.): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. S. 609. Frankfurt/M. 2008

¹³ Vgl. u.a. Altvater, Elmar: Der große Krach oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur. Münster 2010

¹⁴ vgl. die Kritik von Hartmut Rosa, nach der Kapitalverwertungsdruck zu technischer, sozialer und lebenszeitlicher Beschleunigung führt, die die Moderne konstituierende Idee einer souveränen Lebensgestaltung konterkariert. In: Dörre, Klaus/ Lessenich, Stephan/ Rosa, Hartmut: Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte. Frankfurt/M. 2009

¹⁵ z.B. die Ansätze von Autoren aus dem BUKO-Spektrum, nach denen die Aufrechterhaltung der nördlichen „imperialen Lebensweise“ (Ulrich Brand) systematisch nicht-nachhaltigen „Beutekonsum“ für die Unterdrücker und „Herrschaftskonsum“ (Spehr) für die Unterdrückungsmittel (Bürokratie/Militär etc) erfordern. Vgl. z.B. Spehr, Christoph: Die Ökofalle. Nachhaltigkeit und Krise. Wien 1996; vgl. z.B. Brand, Ulrich/ Görg, Christoph: Nachhaltige Globalisierung? Sustainable Development als Kitt des neoliberalen Scherbenhaufens. In: Reader zum BUKO-Seminar 08: Wie grün sollen die Linke sein?

¹⁶ Vgl. u.a. Jackson, Tim: Wohlstand ohne Wachstum. München 2011; Klein, Dieter: Kein Wachstum – Der schwierige Fortschritt künftiger Transformation. In: Standpunkte (Hrg. Rosa-Luxemburg-Stiftung) 16/2011

¹⁷ Vgl. u.a.: Rätz, Werner/von Egan-Krieger, Tanja/Muraca, Barabara/Passadikis, Alexis/Schmelzer, Matthias/Vetter, Andrea (Hrg.): Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben. Hamburg 2011